

REGION

Fusion Olten Plus: Gewerbeverband bleibt neutral

Der von Fabian Aebi
präsierte Verband übt
Stimmfreigabe. Seite 25



Gründe für die Fusion auf 52 Seiten

Stadthaus Die vier Präsidenten stellen gestern die Abstimmungsbroschüre zur geplanten Fusion Olten plus vor

VON NORA BADER

Am 17. Juni ist es so weit: Das Projekt Fusion Olten plus kommt an die Urne. In diesen Tagen flattern die vollbepackten 52-seitigen Abstimmungsbroschüren zum Fusionsvertrag in die Haushalte. Gestern Morgen haben die Präsidenten der vier beteiligten Einwohnergemeinden das Abstimmungsmaterial vorgestellt. Die vier Präsidenten, das sind Jürg Ryffel (Hauenstein-Ifenthal), Karl Tanner (Trimbach), Ernst Zingg (Olten) und

Damit die Fusion zustande kommt, müssen mindestens die Stimmbürger von Olten und Trimbach den Fusionsvertrag genehmigen.

Matthias Geiger (Wisen). Sie alle wollen eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erzielen und hoffen, dass der Fusionsvertrag zustande kommt, wie sie mitteilten.

Diese Meinungen kann man auch der Abstimmungsbroschüre entnehmen. «Stärker vereint – vereint stärker», titelt diese. Und so erläuterten die vier Präsidenten gestern Morgen vor Presse und Exekutivmitgliedern der vier Gemeinden nochmals alle Vorteile der Fusion.

Weitere Gemeinden später dazu

«Die Stadt Olten und ihre Nachbargemeinden arbeiten schon seit Jahren in den verschiedensten Bereichen erfolgreich zusammen. Die Zusammenarbeit stösst aber an Grenzen in Sachen Mitbestimmung und Effizienz», betonte Olten's Stadtpräsident Ernst Zingg. «Und auch in unse-



Vor dem Hintergrund der vier beteiligten Gemeinden stellten die Präsidenten der Einwohnergemeinden (v.l.) Jürg Ryffel (Hauenstein-Ifenthal), Matthias Geiger (Wisen), Karl Tanner (Trimbach) und Ernst Zingg (Olten) die Abstimmungsbroschüre vor. Aber nicht nur im Hintergrund, sondern auch auf dem Belag der Stadthaus-terrasse waren die vier Gemeinden erkennbar.

BRUNO KISSLING

rer Region stimmten die Lebensräume der Menschen schon seit Langem nicht mehr mit den politischen Gemeindegrenzen überein», so Zingg weiter. Langfristige Vision sei deshalb eine handlungsfähige Stadt Olten, in welcher der engere Lebensraum weitgehend mit den politischen Grenzen übereinstimme und ohne Hindernisse in Form von Gemeindegrenzen eine dynamischere

Entwicklung möglich werde. Zingg wies unter anderem auf eine Bevölkerungsumfrage aus dem Jahre 2009 hin, bei der 67 Prozent der Befragten eine Fusion befürwortet hätten. Und: Weitere Schritte mit weiteren Gemeinden würden für einen späteren Zeitpunkt ins Auge gefasst.

Damit die Fusion zustande kommt, müssen mindestens die Stimmbürger von Olten und Trimbach an der Volks-

abstimmung vom 17. Juni den Fusionsvertrag genehmigen. Ist diese Voraussetzung erfüllt, können sich die Einwohnergemeinden Hauenstein-Ifenthal und Wisen gemäss den jeweiligen Resultaten der Urnenabstimmung einzeln oder gemeinsam der neuen Einwohnergemeinde anschliessen. Vorbehalten bleibt die Zustimmung des Kantonsrates.

In diesen Tagen wird also den

■ BROSCHÜRE: WAS BEDEUTET AUSGEWOGEN?

Die Meinung der Gegner ist – anders als in den Abstimmungsbüchlein des Bundesrates – nicht explizit dargelegt. In der Gemeindeordnung Art. 17 steht dazu: «Alle der Urnenabstimmung unterliegenden Anträge und Beschlüsse des Gemeindeparlaments sind, mit einer vom Stadtrat verfassten, ausgewogenen Begründung versehen, den Stimmberechtigten zuzustellen.» Schon vor Wochen haben die Gegner durchblicken lassen, dass sie die Abstimmungsbroschüre genau auf die Ausgewogenheit überprüfen werden. (NO)

rund 15 000 Stimmberechtigten der vier beteiligten Gemeinden die Abstimmungsbroschüre zugestellt, welche ausgewogen über die Vorteile des Fusionsvorhabens informiert. Neben der Ausgangslage in der Schweiz und in der Region und der Vorgeschichte des heutigen Fusionsvorhabens steht darin der Fusionsvertrag mit umfangreichen dafür sprechenden Erläuterungen im Zentrum.

Ein Kapitel ist zudem den finanziellen Auswirkungen inklusive Kennzahlen gewidmet. Hinzu kommen Ausführungen zu den Ergebnissen der Vernehmlassung, die Anfang Jahr bei den Stimmberechtigten der vier Gemeinden durchgeführt wurde, und zum weiteren Vorgehen bei einer Annahme des Fusionsvertrags.

Die vier Gemeindepräsidenten gingen auf ein paar Stichworte ein, zu denen im Rahmen der Vernehmlassung zusätzliche Informationen gefordert worden waren, die nun in die Abstimmungsbroschüre eingeflossen sind.

Gemeinden gemeinsam gegen Besäufnisse von Jugendlichen

Thal Wer einen Anlass im öffentlichen Raum durchführen will, muss für Jugendschutz sorgen. Andernfalls gibts keine Anlassbewilligung von den Gemeinden.

VON ALOIS WINIGER

«Sie wollen eine Party, eine Festwirtschaft oder einen Event veranstalten? Besten Dank für Ihr Engagement!» In allen Thaler Gemeinden bekommen Veranstalter künftig Zeilen in dieser Art zu lesen. Und weiter: «Ein reichhaltiges Angebot an Anlässen leistet einen wichtigen Beitrag zum Zusammenleben im Thal.» – Doch dann wirds ernst: Die Gemeinden erteilen Organisatoren von Veranstaltungen im öffentlichen Raum nur dann eine Bewilligung, wenn sie nachweisen, Massnahmen zur Einhaltung des Jugendschutzes getroffen zu haben.

Was zu beachten ist

Das heisst konkret unter anderem: Kein Verkauf und Ausschank von alkoholischen Getränken an Kinder und Jugendliche, dafür eine Auswahl an nicht alkoholhaltigen Getränken anbieten. Alterskontrolle beim Eingang. Der Veranstalter muss alle Personen, die für den Verkauf und den



Dafür sorgen, dass der Alkohol nicht in falsche Hände gerät. AZ

Ausschank verantwortlich sind, ausdrücklich über diese Vorschriften informieren. Es ist gleichzeitig darauf zu achten, dass keine alkoholischen Getränke – etwa durch Verkauf über die Gasse – eben doch zu Kindern und Jugendlichen gelangen. Das bedeutet auch, dass jene Gäste ver-

warnet werden müssen, die Jugendliche mit Alkohol versorgen. Im Weiteren muss sich der Veranstalter verpflichten, wo immer möglich Littering zu verhindern. Und es muss nachgewiesen werden, dass für die Sicherheit gesorgt ist, um zum Beispiel Ausschreitungen zu vermeiden.

Richtlinien müssen umsetzbar sein

Diese Richtlinien gelten im Thal seit Anfang dieses Jahres und müssen natürlich auch angewendet werden. Entstanden sind sie im Rahmen des Projekts «Gemeinden handeln – Thal» mit Unterstützung der Suchthilfe Ost und wurden von den Gemeinderäten aller neun Orte des Bezirks Thal verabschiedet. Erste Erfah-

Der **Schwingklub Mümliswil-Ramiswil** hat bei seinem Frühlingsfest als erster Verein die oben beschriebenen Massnahmen zum Jugendschutz angewendet. «Es hat erstaunlich gut funktioniert und heute sind wir auch überzeugt von den Massnahmen», berichtet Klubpräsident Josef Fluri. «Aber», so

betont er, «jetzt ist die Grenze dessen erreicht, was ein Verein gegen den Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen tun kann.» Sonst werde der Aufwand so gross, dass sich das Durchführen eines Anlasses überhaupt nicht mehr rentiert. «Da müssen schon noch die Eltern vermehrt die Verantwortung für ihre

Kinder übernehmen.»

Wenn Dreizehn- und Vierzehnjährige nachts um zwei unterwegs sind und erst noch besoffen, so kann der Verein nichts dafür. «Noch nicht ganz im Griff hatten wir die Situation in Bezug auf die Sicherheit was Vandalismus und Auseinandersetzungen angeht», führt Fluri weiter

aus. «Die Fehler sind erkannt und wir wissen, was zu tun ist.» Aber auch diesbezüglich müsse der Aufwand verhältnismässig bleiben. Als nächster Verein ist der Fussballclub Mümliswil daran, die Massnahmen umzusetzen: Von morgen Donnerstag bis Samstag läuft das Mümliswiler Stübli fest. (WAK)

■ NACH PRAXISTEST: «NICHT ALLES IST SACHE DES VEREINS»